

## **Von der Gezänkepartnerschaft zur Reformpartnerschaft.**

### **Forderungen an ein Regierungsprogramm neuen Stils**

Von einer „Koalition neuen Stils“ wird geredet. Die Ernsthaftigkeit dieses Versprechens ist an der Regierungserklärung zu ermesen. Und daran, ob dem Thema Bildung und Ausbildung höchste Priorität eingeräumt wird.

Die Politik des Blockierens, des Verhinderns, der Scheuklappen muss endlich und endgültig Vergangenheit sein.

Wir dürfen keine Zeit mehr vergeuden, warnen die InitiatorInnen des Bildungsvolksbegehrens. Das Gebot am Beginn einer neuen Regierungsperiode heißt: Weg von der „Gezänkepartnerschaft“ der Vergangenheit bis hin zur „Reformpartnerschaft“ in Gegenwart und Zukunft. Nur so erhält eine „Koalition neuen Stils“ Glaubwürdigkeit. Nur so können die deutlich angezählten Koalitionspartner Vertrauen zurück gewinnen und neu aufbauen.

Seit der Initialzündung zum Bildungsvolksbegehren sind nahezu 3 Jahre verstrichen. Durchaus nicht sinnlos. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Bildungsreform ist zum zentralen Thema geworden.

Allerdings: Ein Durchbruch gelang nicht. Von einer Handvoll sturer Blockierer ließ sich die Regierung sogar dazu verleiten, rund 400.000 Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren trotz vielfacher Behinderung unterzeichneten, zu ignorieren. Ein deutlicher Beitrag zur Erklärung des Wahlergebnisses vom September.

Die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens, die auch in fünf Sitzungen eines Besonderen Ausschusses im Nationalrat eingehend beraten wurden, sind daher nach wie vor aktuell. In der abschließenden Behandlung im Parlament – die überraschenderweise vor der Bearbeitung im Gremium abgewürgt wurden - wurden fünf Entschlüsse beschlossen. Hinter diesen Konsens von SP, VP und teilweise den anderen Parlamentsparteien darf keinesfalls zurückgefallen werden. Im Regierungsprogramm einer „Koalition neuen Stils“ sind sie zu berücksichtigen.

Zur Erinnerung: Das Volksbegehren zeichnet einen Bildungsbogen vom Kleinkind über Grund- und Mittelschulen bis zu Hochschulen und beruflicher Ausbildung. Entwickelt auf der Grundlage letzter bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse und internationaler Erfahrungen. Ein Schulterschluss der Vernunft und der politischen Verantwortung. Einzige Zielsetzung: Die Zukunft unserer Jugend und damit unseres Landes.

SPÖ und ÖVP haben einen „neuen Anfang“ versprochen. Der ist nur glaubwürdig, wenn er auch die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens zum Inhalt hat, deren Umsetzung ist Lebenselixier für den Weiterbestand gemeinsamen Regierens.

**1. „Ein Kind lernt nie wieder so leicht wie in seinen ersten Lebensjahren“ – daher fordern wir ein höchst qualitativvolles flächendeckendes, nach Bedarf ganztägiges Angebot an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten, das EU-konform und bundeseinheitlich geregelt ist.**

**2. Wir fordern die Gleichstellung aller Pädagoginnen und Pädagogen an den erwähnten frühkindlichen Einrichtungen mit jenen an den Schulen. Diese Forderung umfasst dieselbe gemeinsame universitär-akademische Ausbildung und dasselbe Bundesdienst- und Besoldungsrecht.**

**3. Wir fordern ein modernes, unbürokratisches Schulsystem ohne parteipolitischen Proporz, in dem die einzelnen Schulen autonom sind, das heißt die Gestaltungs- und Führungsverantwortung liegt beim Schuldirektor oder der Schuldirektorin.**

**4. Wir fordern ein Bildungssystem, in dem alle Talente, Begabungen und Interessen der Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich festgestellt und kontinuierlich gefördert werden (Individualisierung des Unterrichts und Begabungsförderung). Einzelne Schwächen der Kinder und Jugendlichen müssen gleichzeitig so weit wie möglich durch Förderung ausgeglichen werden.**

**5. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Ganztagsbetreuung ist eine irreführende Mogelpackung. Sie ist lediglich die Fortsetzung der Halbtagschule mit all ihren antiquierten Unzulänglichkeiten.**

- es fehlt generell die Zeit für täglichen Sport, mehr Musik-, naturwissenschaftlichen- und künstlerischen Unterricht, für die Entwicklung handwerklicher Fähigkeiten, für den Erwerb von rechtlichen und wirtschaftlichen Grundkenntnissen, weiters für Theateraufführungen und andere kreativitätsfördernde Projekte;

- es fehlt die Zeit für das Wiederholen und Vertiefen von neuem Wissen – das alles wird an die Eltern und die Nachhilfe ausgelagert und kostet sehr viel Geld;

- da sich Eltern aus monetär und sozial schwachen Schichten weder die Kosten für Nachhilfe leisten können, noch imstande sind, ihre Kinder schulisch zu unterstützen, liegt hier ein wesentlicher Grund für den häufigen Schulabbruch wie auch für das schlechte Abschneiden von Pflichtschulabsolventen.

- Es ist daher die Entlastung der elterlichen Einkommen von den Kosten der Nachhilfestunden ein unverzichtbarer Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

**6. Wir fordern die sorgsame Beachtung des beruflichen Ansehens von Pädagoginnen und Pädagogen. Wesentliche Voraussetzung ist die ganztägige Anwesenheit aller Lehrkräfte an den Schulen im Ausmaß von acht Stunden, wie das in der Mehrzahl der OECD-Länder der Fall ist.**

- Nur unter dieser Voraussetzung kann die neue Schule optimal arbeiten, kann die Vielfalt des Unterrichts gestaltet werden.
- Selbstständiges, kreatives Lernen, der Vortrag der Pädagoginnen und Pädagogen vor der Klasse, Projekte gemeinsam mit Betrieben und anderen Institutionen, Theateraufführungen, sportliche Wettbewerbe und Praktika wechseln sich ab; der Fächerkanon kann ebenso wie das 50-Minutenkorsett aufgelöst werden;
- soziale Kompetenzen wie Toleranz und Offenheit gegenüber anderen sozialen Schichten, fremden Kulturen oder behinderten Menschen müssen ebenso geübt werden, wie Empathie und Solidarität; dazu kommen Pünktlichkeit, Disziplin und Hartnäckigkeit in der Verfolgung von Zielen, die heute wichtig sind und die daher praktiziert werden müssen.
- Entscheidend ist auch die Beziehungskultur in einer Klasse. Sie spielt sich in erster Linie zwischen den Schülern und Schülerinnen ab (Peer-Beziehungen), zwischen Eltern und ihren Kindern, weiters zwischen Eltern, Lehrkräften und Kindern. Solche Beziehungen sind eine wesentliche Voraussetzung für gelingendes Lernen und Funktionieren nur in Ganztagschulen, wo Lehrerinnen und Lehrer täglich erreichbar sind.
- Schließlich enden in Ganztagschulen alle schulischen Belange mit dem Ende des Unterrichts. Es gibt weder Hausaufgaben, noch werden Teile des Unterrichts an Eltern oder Nachhilfelehrerinnen und Nachhilfelehrer „out-gesourct“. Das heißt, nach Arbeitstag und Schultag gehört der Abend der Familie.
- Welche Schule besucht wird, ist von den Eltern und den Kindern entschieden. Die Wahlfreiheit muss gewahrt werden, die Anbotsvielfalt vergrößert werden.

**7. Wir fordern eine qualitätsvolle gemeinsame Schule ab dem 10. Lebensjahr bis zum Ende der Schulpflicht mit einer besonderen Begabungsförderung und durchgehender Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit einzelnen Leistungsschwächen.**

- Chancengerechtigkeit, also eine weitest gehende Ausschöpfung aller Begabungsreserven des Landes einerseits und der besonderen Förderung von Spitzenbegabungen andererseits, müssen ein umfassendes gemeinsames Ziel der Regierung sein.
- Sämtliche ExpertInnen halten die frühe Trennung der Kinder mit 10 Jahren für einen Fehler. Es gibt sie derart nur noch in Österreich und Ungarn, wo außerdem keinerlei Talenterkennung vorgenommen wird und besondere Begabungsförderung zum Zufallstreffer reduziert ist. Gleichzeitig fehlt aber auch jede kontinuierliche Unterstützung für die schwächeren Schülerinnen und Schüler.
- Zahlreiche Untersuchungen haben zudem ergeben, dass der Einfluss der elterlichen Herkunft auf die Schulkarriere der Kinder umso geringer ist, je länger sie gemeinsam unterrichtet werden. Umgekehrt ist er umso größer, je früher man die Kinder trennt. Daher gelingt es den PISA-Siegerländern Shanghai, Finnland oder Singapur,

doppelt so viele Kinder aus der untersten sozioökonomischen Schicht zu tertiären Abschlüssen zu bringen wie Österreich.

**8. Wir fordern eine wirksame Unterstützung unserer PädagogInnen durch AdministratorInnen, Deutsch- und Muttersprachen-LehrerInnen, SchulpsychologInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen und eine moderne umfassende, diesen Anforderungen gerecht werdende Ausbildung.**

- Der neu, ganztägige und ungleich vielfältigere Unterricht, wie auch die ständige Erhöhung der Zahl der Kinder mit wenigen bzw. ohne ausreichende Deutschkenntnisse machen eine besondere Unterstützung unserer Lehrkräfte erforderlich. Das rechtfertigt neue Supportsysteme, wie sie ebenfalls in anderen Ländern längst üblich geworden sind.

**9. Wir fordern für unsere Universitäten die Einführung einer Studienplatzbewirtschaftung und privater Studiengebühren wie sie im Fachhochschulbereich schon seit geraumer Zeit funktionieren. Allerdings muss durch eine entsprechende Studienförderung sichergestellt sein, dass auch sozial Schwächere studieren können.**

Nur eine realitätsbezogene Regelung bringt die Voraussetzung für einen chancengerechten Zugang zur akademischen Ausbildung.

**Verstehen, worüber geredet wird**

Österreich ist ein Land mit sehr hohen Studierendenzahlen. So sind es nahezu 300.000, die an Universitäten, Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und bestimmten Weiterbildungsinstitutionen inskribiert sind. Doch liegt unsere Abschlussquote unter 50%.

- Ein wesentlicher Grund dafür ist die Tatsache, dass ziemlich genau 100.000 Inskribierte an unseren Universitäten kaum Prüfungen ablegen. Sie probieren es einfach – weil Studieren in Österreich keinen Beschränkungen unterliegt und für InländerInnen auch nichts kostet. Im Gegenteil: Studenten und Studentinnen ersparen sich eine Reihe öffentlicher Zahlungen und erhalten sowohl für sich als auch für ihre Kinder erhebliche Sozialleistungen.

- Mit lediglich 11% privater Beiträge liegt Österreich nicht zuletzt im untersten Quintal aller OECD- Länder.

**Tatsächlich geht es aber nicht allein um die Umsetzung des Bildungsvolksbegehrens, sondern auch um eine umfassende Information und Aufklärung der Bevölkerung sowie um klare Zielsetzungen der Regierung und erfolgreiche Strategien, mit denen die verbreitete Bildungsindifferenz in Österreich überwunden werden kann.**

- Schon bei den zahlreichen Vorträgen, Diskussionen und Einzelgesprächen rund um das Volksbegehren hat sich immer wieder gezeigt, dass nur ein Promille-Satz der Bevölkerung eine Ahnung vom internationalen Stand der Bildungsdiskussion hat oder europäische und OECD-weite Standards kennt. Die meisten haben von moderner

Elementarpädagogik ebenso wenig Ahnung wie von den neueren Erkenntnissen der Hirnforschung. In aller Regel können sie Ganztagschulen nicht von Gesamtschulen unterscheiden und sind auch außerstande, die österreichische bildungspolitische „Durchschnittsfalle“ als unmittelbare Folge unseres Jahrhunderte alten, frontalen Einheitsunterrichts zu verstehen.

- **Daher besteht hierzulande nicht nur ein gewaltiger Informations- und Aufklärungsbedarf über Begriffe und Bildungsstandards, sondern auch über die konkreten Zielsetzungen der österreichischen Bundesregierung. Bleibt es beim obersten Ziel der „Stoff- und Wissensvermittlung“, oder verlegt man sich mit der OECD auf die Förderung von Kompetenzen? Will man Chancengerechtigkeit haben oder begnügt man sich mit Spitzenbegabungen als Zufallstreffer?**
  
- **Eine „Bundesregierung neuen Stils“ muss auch bereit sein, umfassend, ernsthaft und verantwortungsvoll zu informieren. Auch EntscheidungsträgerInnen sollten verstehen, worüber sie zu entscheiden haben und die Öffentlichkeit sollte Sinn und Zielsetzung der Entscheidungen nachvollziehen können.**

Bernd Schilcher.

Pressekonferenz am 30. 10. 2013

Motto: „Wer nicht handelt, wird besiegt von den Taten, die er sich nicht zugetraut hat.“

Maurice Blondel

Was bisher geschehen ist, war weder „neu“, noch „anders“. Im Gegenteil.

1. Zuerst wurde laut und öffentlich darüber nachgedacht, ob der ORF, wie schon vor dem Rundfunk-Volksbegehren 1964, wieder im Proporz von einem roten und einem schwarzen Direktor geführt werden sollte. Damit würde nicht nur das Bildungs-volksbegehren ignoriert, sondern auch noch das ORF –Begehren nachträglich wieder annulliert. Zwei Fliegen auf einen Schlag – zumindest für die Repräsentanten des ganz Uralten.
2. Die nächste Hiobsbotschaft lautete: Statt unabhängiger Experten werden reine Lobbyisten wie der Lehrgewerkschafter Kimberger und der bekannte Gegner aller strukturellen Erneuerungen, Enzenhofer, Präsident des öö. Landesschulrats, in das Verhandlungsteam „Bildung“ gehievt.
3. Derartiges gibt es auf der ganzen Welt nicht: Dass Lobbyisten bereits am Beginn einer möglichen Gesetzgebung offiziell mitreden dürfen. Das ist zwar „neu“ und „anders“ – aber mit Sicherheit nicht zum Vorteil der Bildung oder auch nur der ÖVP.
4. Denn man fragt sich ja sofort: Und wo bleiben die Vertreterinnen der Kinder und der Eltern? Das Schulwesen kann doch nicht eine reine Angelegenheit der Lehrer und der Politik sein. Wo bleibt die vielgerühmte Partnerschaft?

5. Und schließlich ist der ganze Vorgang eine recht deutliche Misstrauenskundgebung an die Adresse des VP- Verhandlungsleiters Dr. Haslauer samt seinen bisherigen Mitstreitern. Sie sollen doch nicht allein fuhrwerken dürfen. Dafür nimmt man sogar einen Kollateralschaden des Parteiobmannes in Kauf: Er muss sich noch im Vorfeld von seinem eigenen Vorschlag distanzieren.

Bernd Schilcher

**Markus Hengstschläger** hat recht, Österreich gerät, wie er das in der Arbeitsgruppe des Vizekanzlers vorhergesagt hat, zunehmend in eine **Doppelmühle**. Auch bei uns steigt die Arbeitslosigkeit – aber gleichzeitig haben wir einen argen Mangel an Fachkräften.

Hauptschuld daran hat der **Reformstau in der Bildungspolitik**. Anstatt so früh wie möglich die besonderen Interessen und Begabungen unserer Kinder festzustellen und sie nachhaltig zu fördern, machen wir mit dem **theresianischen Einheitsunterricht** weiter wie seit 240 Jahren.

Da wir auch nichts gegen die Schwächen der Kinder in einzelnen Fächern unternehmen, geraten wir immer mehr ins Hintertreffen. Wir haben doppelt so viele **Risikoschülerinnen** wie die besten 10 PISA-Länder, also solche, die beim Lesen, in der Alltagsmathematik und in den Naturwissenschaften zu den Schwächsten gehören und gleichzeitig nur halb so viele **Spitzenschülerinnen** wie diese 10 Länder. Es fehlt bei uns also oben wie unten.

Das ist unser **erstes großes Defizit**.

**Das zweite** betrifft die **Basiskompetenzen** der Schülerinnen. Bekanntlich können bei uns 30% der 15 Jährigen nicht sinnerfassend **lesen**; dazu kommt eine beträchtliche Anzahl von Pflichtschulabgängern, die auch noch beim **Schreiben und Rechnen** miserabel sind. Also müssen die Arbeitgeber Millionen Euro in die Nachhilfe stecken, damit diese Schulabgänger überhaupt in eine Berufsschule gehen können.

Das schlimmste Defizit ist schließlich unser **völliges Desinteresse** an den sogenannten „**bildungsfernen**“ **Kindern**. Hier tun wir im Gegensatz zu allen erfolgreichen Bildungsländern gar nichts. Wir fördern weder die **individuellen Resilienzen** der Schülerinnen, also ihre persönlichen „Widerstandskräfte“, noch bemühen wir uns um die notwendigen **Strukturänderungen**.

Die Folgen sind verheerend. Während es in **Shanghai** gelingt, 75% der besten Leserinnen aus dem untersten Quartil der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Schichten zu rekrutieren, sind es bei uns lediglich 20%. Und das ist kein einmaliges Versagen.

Nahezu alle Länder, die bei PISA 2009 besonders erfolgreich waren, bringen **doppelt so viele Töchter und Söhne von bloßen Pflichtschulabgängern zu einem tertiären Abschluss wie wir in Österreich**. Damit vergeuden wir Jahr für Jahr tausende von **Talenten**. Und das alles bei einer ohnehin schrecklichen Relation: Kinder von Akademikern haben bei uns eine 16 mal größere Chance wieder Akademiker zu werden als Kindern von bloßen Pflichtschulabgängern.

Wobei der völlig **offene Hochschulzugang** ohne jede Beschränkung noch ein Schäuflin dazu legt: 100.000 inskribierte Studierende legen bei uns nahezu keine Prüfungen ab – da sie längst schon einen fixen Job haben und es einfach nur „probieren“, um die vielen Vorteile des Studiums auszunützen, vor allem die Kindergelder für sich wie auch für ihre eigenen Kinder. Also haben in Österreich nur **16,8% der 24 bis 65 Jährigen** einen tertiären Abschluss, während es in **Deutschland 27%**, in der **Schweiz 36%** und in **Kanada sogar 50%** sind.

Was tun andere, erfolgreichere Länder ?

Was die **persönliche Resilienzstärkung** betrifft, haben die **Niederlande** zum Beispiel das Projekt „**Vensterschools**“ 1996 ins Leben gerufen. Hier arbeiten Familien, Schulen und außerschulische Einrichtungen zusammen, um die Stärken von Kindern, ihr Selbstbewusstsein und ihre Empathie zu fördern.

Noch früher wurde in den **USA** das Programm „**FAST**“ gestartet. Nämlich 1988. Es bedeutete „Families and Schools together“ und wurde dort in mehr als 500 Schulen ausprobiert. Es ist mittlerweile in zahlreiche andere Länder exportiert worden.

Ein weiteres Projekt nennt sich „**Opstapje**“, was soviel wie „Schritt für Schritt“ bedeutet. Es beginnt schon mit ein bis zweijährigen Kindern, von denen die meisten Migrationshintergrund haben.

In **Skandinavien und Deutschland** arbeitet man in Brennpunktbezirken mit vielen Einwandererkindern mit dem Projekt „**FAUSTLOS**“, einem Programm, das dem US-amerikanischen Ansatz „Second Step“ folgt, und auch schon in einigen österreichischen Schulen erprobt wird. Die 51 Lektionen von der ersten

bis zur dritten Klasse sind der „**Empathieförderung**“, der „**Impulskontrolle**“ und dem „**Umgang mit Ärger und Wut**“ gewidmet.

Heute weiß man, dass solche individuellen Unterstützungen allein nicht ausreichen. Sie müssen durch **Strukturänderungen** ergänzt werden.

Hier gibt es **internationale Standards**. Sie heißen: So früh wie möglich beginnen, also schon mit **Kinderkrippen und Kindergärten** für wenigstens ein Drittel der Jahrgänge; wo notwendig, auch schon ganztägig; das freilich bundesweit und nicht in Länderkompetenzen zersplittert.

Der zweite Schritt sind echte, **verschränkte Ganztagschulen**, in denen möglichst lange, also vom **6.Lebensjahr bis zum Ende der Pflichtschule** gemeinsam gelernt wird. Je länger diese Gemeinsamkeit reicht, desto mehr treten die Wirkungen des jeweiligen familiären Hintergrunds zurück. Und genau das ist hierzulande Jahrzehnte hindurch nicht geschehen.